

Ellerhoop 32 19.05.2007 begehrt auf

„MÜLLE“-AUSBAU: Resolution geplant

Der Protest gegen den Ausbau der Müllverbrennungsanlage in Tornesch-Ahrenlohe formiert sich. Der Ellerhooper Umweltausschuss brachte eine Resolution und ein Gutachten auf den Weg. Umliegende Gemeinden sollen als Mitstreiter gewonnen werden.

VON TIMO KOTOWSKI

Die Mitglieder des Ellerhooper Ausschusses für Straßen, Wege, Umwelt und Landschaftspflege haben es eilig. Bis zum 6. Juni müssen ihre Einwände gegen den Ausbau der Müllverbrennungsanlage in Tornesch-Ahrenlohe vorliegen. Dann läuft die Widerspruchsfrist gegen das Vorhaben der Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Abfallbehandlung (GAB) ab.

Schon vor der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung am 31. Mai soll nach ihrem Willen eine Resolution gegen den Plan, die Verbrennungsleistung von 80 000 Tonnen auf 280 000 Tonnen zu erhöhen, formuliert werden. Zudem soll ein Gutachter beauftragt werden, der die Gemeinde bei der Formulierung ihrer Einwände berät. Bürgermeister Martin Pentz (CDU) kündigte an, sich bereits vor dem Treffen aller Gemeindevertreter von den Fraktionsvorsitzenden grünes Licht für die Ausschussempfehlungen geben zu lassen, damit ein Experte genügend Zeit für die Vorbereitung einer aussagekräftigen Expertise bekomme.

Pentz sieht Ellerhoop als „Speerspitze des Protests“ gegen den Ausbau der Müllverbrennungsanlage. Allerdings hoffe er auf die Unterstützung der umliegenden Gemeinden. „Nicht nur wir sind von dem Ausbau betroffen, sondern der gesamte Kreis“, sagte der Bürgermeister. Weitere Orte sollten sich dem Ellerhooper Gutachten anschließen. 10 000 bis 12 000 Euro für die Expertise werde die Gemeinde schwer allein aufbringen können. Pentz forderte zudem den

Kreistag auf, den Ausbauplan zu überdenken: „Der Kreis als Gesellschafter hat eine besondere Verantwortung, für die Gemeinden mitzudenken.“ Die Müllverbrennungsanlage wird von der GAB betrieben, die zu 51 Prozent dem Kreis gehört, den Rest der Anteile hält der private Entsorger Remondis.

Sorge bereitete den Ausschussmitgliedern, dass die Diskussion über den Ausbau in der Öffentlichkeit erst wenig fortgeschritten sei. Vielfach werde angenommen, es handle sich um eine kleine Erweiterung, bemängelte Peter Lachmund (SPD). „Dabei ist es etwa so, als wenn man sich für eine Klingel ein Fahrrad kauft.“

Zudem ist nach einhelliger Auffassung der Ellerhooper Politiker das Projekt überdimensioniert. Bürgermeister Pentz kritisierte zudem die in den Plänen vorgesehene „unzureichende Rauchgasreinigung“. Das Vorhaben entspreche zwar den rechtlichen Vorgaben, es werde aber die minimalste Ausstattung gewählt und kein Puffer für Störfälle vorgesehen. Dr. Ernst Bürkner von der Freien Wählervereinigung (FWV) sah die Vorbelastung des Kreis Pinneberg mit Schadstoffen nicht ausreichend berücksichtigt. „Wir haben hier die höchsten Dioxin- und Furanwerte in ganz Schleswig-Holstein“, sagte er. In solch ein Gebiet gehöre keine erweiterte Anlage.

Umweltberater Klaus Koch äußerte sich zuversichtlich, dass mit Widersprüchen Nachbesserungen erzielt werden können. „Ich habe in 20 Jahren als Gutachter keine Planung erlebt, die keine gravierenden Fehler enthielt.“ Zugleich zeigte er sich erstaunt, dass der Ausbau bislang wenig öffentlich diskutiert werde, obwohl die Verbrennungsleistung auf das Dreieinhalbfache steigen soll. „Die Gemeinden haben die Pflicht, ihre Bürger über gravierende Veränderungen zu informieren“, sagte er.